

## **Erfolgreiche Einflussnahme sozialer Bewegungen.**

### **Was können wir von anderen sozialen Bewegungen lernen und übertragen?**

Soziale Bewegungen können auf verschiedene Art Einfluss nehmen, etwa darauf, welche Themen in der Politik diskutiert werden oder welche Alternativen im Entscheidungsprozess angedacht werden. Sie können Einfluss auf Gesetze und politische Entscheidungen selbst oder auf den Prozess der Einführung und der Durchsetzung von Gesetzen und politischen Entscheidungen nehmen oder allgemeiner an der Verbesserung der von ihnen langfristig gesetzten Ziele gemessen werden (vgl. Kolb 2007: 28). Wovon aber hängt erfolgreiche Einflussnahme ab und wodurch können die Chancen einer erfolgreichen Einflussnahme erhöht werden?

### **Bewegungsinterne Faktoren und Rahmenbedingungen**

Es lassen sich bewegungsinterne Erfolgsfaktoren von Rahmenbedingungen unterscheiden (McAdam/Snow 1997). Zu den bewegungsinternen Erfolgsfaktoren gehören die Stärke einer sozialen Bewegung, etwa ihre materiellen Ressourcen, beteiligte Aktivisten oder der Grad ihrer Vernetzung. Aber auch die Wahl der Ziele und Taktiken einer sozialen Bewegung können Einflussmöglichkeiten erhöhen oder vermindern: sind kurzfristige Erfolge möglich und gibt es für die gewählten Ziele breite öffentliche Unterstützung? Welche Aktionsformen eignen sich? Welche Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, z.B. Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen oder Studierenden, gibt es bzw. wäre denkbar?

Neben diesen eher bewegungsinternen Erfolgsfaktoren spielen Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle für die erfolgreiche Einflussnahme (vgl. Kolb 2007). Zu diesen gehören die politische und institutionelle Struktur, die Massenmedien und die öffentliche Meinung, die Stärke von Gegenmobilisierungen und nicht zuletzt der Zeitpunkt der Aktivitäten einer Bewegung. Zur politischen und institutionellen Struktur gehören etwa die Konstellation der Regierungsparteien, die Verfahren der Gesetzgebung und -implementierung oder die Interessenvermittlung zwischen von Politik und Öffentlichkeit (Kurzüberblick: Hellmann 1999, 104-105). Der Zugang zum Politikprozess ist umso leichter, je eher der Staat bestimmte nichtstaatliche Gruppen in seine Entscheidungsfindungsprozesse einbezieht. So besteht dann eher die Möglichkeit als Experten in Entscheidungsgremien Einfluss zu nehmen. Auf lokaler

Ebene erleichtern Stadtteilversammlungen und andere kommunale Ansätze zu mehr Bürgerbeteiligung den Zugang zur Entscheidungsfindung. Konflikte innerhalb der Eliten erhöhen vor allem die Chancen auf Allianzbildung. Eine große Einigkeit innerhalb der politischen Eliten verringert dagegen Einflussmöglichkeiten, wie etwa Hartz IV gezeigt hat.

Die Bedeutung von öffentlicher Meinung und Massenmedien muss hier nicht weiter erklärt werden. Interessant sind diese Rahmenbedingungen, weil sie zumindest in einigen Fällen durch soziale Bewegungen beeinflussbar sind. Die Stärke von Gegenmobilisierungen beeinflusst den Einfluss von sozialen Bewegungen, denn jede Gegenmobilisierung ist ihrerseits ein Versuch der Einflussnahme. Nicht zuletzt ist der Zeitpunkt der Aktivitäten von sozialen Bewegungen wichtig für ihre Wirkung: Ist Thema gerade prominent in den Medien, stehen Wahlen bzw. politische Entscheidungen bevor oder gab es Erfolge von ähnlichen Bewegungen im Ausland? All diese Faktoren können sich zum Vorteil einer Bewegung auswirken (vgl. Kolb 2007).

Zu den Rahmenbedingungen gehören aber auch diskursive Gelegenheitsstrukturen. Diese bestimmen die oben genannten Rahmenbedingungen mit, stellen aber auch zusätzliche Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Einflussnahme. *Diskursive Gelegenheitsstrukturen* sind in einer Kultur vorhandene auf das Thema beziehbare Denk- Wahrnehmungs- und Kommunikationsmuster. Hierzu gehören vorherrschende Werte und Normen: Welche sozialen Rechte hat der Einzelne? Wird Gleichheit eher im Sinne von Chancengleichheit oder von Verteilungsgleichheit angestrebt? Hierzu gehören auch kollektiv geteilte Annahmen und Weltbilder, etwa über wirtschaftliche oder über ökologische Zusammenhänge. Diskursive Gelegenheitsstrukturen bestimmen zudem die Regeln des Zugangs zum Diskurs: Wer wird als Experte befragt? Wer hat Zugang zu den Gremien der Entscheidungsfindung und/oder zu den Medien? Und wem darf mit welchen Argumenten widersprochen werden? Zu den diskursiven Gelegenheitsstrukturen gehören außerdem Ereignisse, wie etwa neue Gesetze, Äußerungen mächtiger Akteure oder anstehende Wahlen. Solche Ereignisse bieten für soziale Bewegungen oft gute Gelegenheiten, ihre Forderungen zu einem Thema einzubringen, bzw. schaffen eine gefühlte Notwendigkeit, Widerspruch einzulegen. Sie stellen zudem Gelegenheiten zur Allianzbildung dar (vgl. Baumgarten 2010).

### **Mechanismen des politischen Einflusses**

Mit diesen Rahmenbedingungen im Hinterkopf lassen sich nun vier ausgewählte Mechanismen des politischen Einflusses betrachten: der Zugang zur politischen Entscheidungsfindung,

die Mobilisierung öffentlicher Unruhen, die Konstruktion von Problemen und Lösungen (Framing) und Gerichtsentscheidungen (vgl. Kolb 2002). Ich stelle diese jeweils anhand eines Beispiels vor, von dem sich eventuell lernen lässt.

### 1) Zugang zur politischen Entscheidung

Der Zugang zur politischen Entscheidung ist stark von Rahmenbedingungen aber auch von bewegungsinternen Faktoren abhängig. Ein solcher Zugang lässt sich über die Zusammenarbeit mit Akteuren, die an politischer Entscheidung direkt beteiligt sind erleichtern. Ein Beispiel hierfür wäre die Mindestlohnkampagne ([www.mindestlohn.de](http://www.mindestlohn.de)). Viele Bewegungsakteure haben zudem breite Anerkennung als Experten erreicht, welche den Zugang zur politischen Entscheidungsfindung erleichtert. Zu denken wäre hierbei an die Entwicklung von Umweltgruppen hin zu Umweltverbänden, Greenpeace oder die Beteiligung verschiedener Entwicklungshilfeorganisationen in politischen Beratungsprozessen bis auf die internationale Ebene. Die Kampagne von ATTAC zu Steueroasen im Jahre 2009 ist ein Beispiel für eine erfolgreiche Selbstinszenierung als Experten, die insbesondere von den Medien bereitwillig transportiert wurde. Wichtig für den Zugang zum politischen Entscheidungsprozess ist es Expertentum anzueignen, dies aber auch öffentlich darzustellen. In Bezug auf das Thema Arbeitslosigkeit wurden als mächtige Akteure beispielsweise staatliche Akteure, Arbeitgebervertretungen, Gewerkschaften, Parteien, wissenschaftliche Experten anerkannter Forschungsinstitute oder Wohlfahrtsverbände identifiziert (Pappi et al. 1995, 170).

### 2) Mobilisierung öffentlicher Unruhen

Mobilisierungen sollten möglichst öffentlichkeitswirksam sein. Öffentlichkeitswirksamkeit muss aber nicht unbedingt durch eine große Anzahl von Protestteilnehmern erreicht werden. Die Flashmobs gegen Atomkraft von Campact im Herbst 2009 ([www.campact.de/atom2/flashmobs](http://www.campact.de/atom2/flashmobs)) sind nur ein Beispiel für medienwirksame Aktionen mit relativ wenigen Protestteilnehmern. Über diese Aktion wurde in mehreren regionalen und überregionalen Zeitungen, im Radio und Fernsehen (Tagesschau und Tagesthemen) berichtet. Warum stieß diese Aktion auf eine solch große Medienresonanz? Natürlich war für die Mobilisierung von Campact auch der öffentliche Rückhalt vorteilhaft, denn im Zeitraum vor den Wahlen waren laut einer repräsentativen Umfrage etwa zwei Drittel der Bevölkerung für die Beibehaltung des Atomausstiegs ([www.bmu.de/atomenergie\\_sicherheit/downloads/doc/37879.php](http://www.bmu.de/atomenergie_sicherheit/downloads/doc/37879.php)). Lernen können andere soziale Bewegungen aber vor allem vom Ablauf und der Ortswahl dieser

Aktion: Eine Gruppe von Aktivisten mischte sich unter das Publikum von Wahlkampfauftritten der CDU, CSU und der FDP und zeigte zunächst einheitlich gestaltete Plakate mit übertriebener Zustimmung zu den betreffenden Parteien. In Großbuchstaben und entsprechenden Farben hieß es beispielsweise „Schwarz-Gelb – Jawohl!“ oder „Schwarz-Gelb – Hurra!“. Diese Plakate wurden zu einem gemeinsam vereinbarten Zeitpunkt ausgeklappt, so dass statt „Jawohl!“ und „Hurra!“ nun etwa „Atomtod“ oder „Atomprofit“ zu lesen waren. Der hier erzielte Überraschungseffekt irritierte nicht nur die Politiker, die in solchen Wahlkampfveranstaltungen unter einem besonderen Druck stehen, sich positiv zu präsentieren. Durch diese Überraschung wird der Protest auch für die Medien interessant, die aufgrund der Wahl des Ortes bereits anwesend waren und bei solchen voraussehbaren Veranstaltungen wie Wahlkampfreden über außerordentliche Ereignisse gerne berichten.

### 3) Rahmung von Forderungen

Probleme sind konstruiert und Lösungen hängen von Definition des Problems ab (Schetsche, 1996). Dabei konkurrieren meist unterschiedliche Definitionen miteinander. In der Bewegungsforschung untersucht man diese Prozesse unter dem Begriff Framing.

Ein Frame ist ein: „Bezugsrahmen, der ein Thema auf bestimmte Weise strukturiert und damit die Informationsverarbeitung und Meinungsbildung steuert“ (Scheufele 2006, 75). Ein Erfolg versprechender Frame muss danach etwas als ein Problem benennen, eine Lösung zu diesem Problem liefern. Um konkretes Handeln zu initiieren muss ein Frame konkrete Handlungsziele angeben und Personen aktivieren können, sich für diese Lösung einzusetzen. Als Handlungsanleitung formuliert sollte eine erfolgreiche Rahmung:

- 1) Ein Problem als veränderbar darstellen und seine moralische Dringlichkeit hervorheben, dass es den einzelnen zur moralischen Stellungnahme und intervenierenden Handlung herausfordert. Denn nur so kann ein Phänomen zu einem öffentlichen Problem werden (vgl. Gusfield 1981).
- 2) Konkrete Verursacher nennen und Verantwortliche zum Handeln aufrufen. Forderungen möglichst an Personen richten, die auch wirklich Handlungsmöglichkeiten haben.
- 3) Handlungsziele möglichst konkret nennen (vgl. Snow 2004).

Weitere Kriterien für erfolgreiche Frames sind *Glaubwürdigkeit* und *narrative fidelity* (Fisher 1984). Glaubwürdigkeit bedeutet hier, dass ein Frame aus Sicht der Zielgruppen Sinn ergeben muss. Narrative fidelity heißt, dass sich die Äußerungen einer sozialen Bewegung in allge-

mein nachweisbare Sachverhalte, grundlegende Ideen über das Funktionieren der Welt einordnen und mit den Alltagserfahrungen der Adressaten in Verbindung gebracht werden können (Snow/Benford 1992). Frames können auf bereits erfolgreiche *Master Frames* (z.B. bestimmte Vorstellungen über Gerechtigkeit oder über ökonomische Zusammenhänge) aufbauen. Der Bezug auf solche allgemein akzeptierten Frames trägt ebenfalls zum Erfolg bestimmter Frames bei (vgl. König 2003, 7). Geschicktes Framing bedeutet jedoch nicht (nur) eine Anpassung von Äußerungen, insbesondere von Forderungen an die bereits vorgestellten diskursiven Gelegenheitsstrukturen. Durch geschicktes Framing können auch Gelegenheiten selbst geschaffen werden. Ein Beispiel hierfür ist die Zusammenarbeit von verschiedenen Organisationen und Gruppen innerhalb der globalisierungskritischen Bewegungen (della Porta 2007). Mit einem breit gewählten Rahmen finden hier verschiedene Forderungen, Themen aber auch unterschiedliche Weltanschauungen Platz – vom Kampf um Soziale Rechte bis hin zu Umweltthemen.

Im Konflikt über Abtreibung zeigen beide Seiten ein geschicktes Framing. Hier steht das von Abtreibungsgegnern geforderte „Recht auf Leben“ einem „Recht auf freie Entscheidung“ entgegen. Das „Recht auf freie Entscheidung“ stützt sich hierbei nicht nur auf Ideen der Frauenbewegung, dass Frauen in einer solchen Entscheidung nicht bevormundet werden sollten. Es beinhaltet auf einer abstrakteren Ebene auch das Verhältnis von Individuum und Staat, d.h. die Forderung der Staat soll sich möglichst wenig in private Angelegenheiten einmischen (Ferree et al. 2003). Hier wird auf verschiedene Masterframes zurückgegriffen, die Chancen auf breite öffentliche Unterstützung und auf Zusammenarbeit verschiedener Gruppen erhöhen.

#### 4) Gerichtsentscheidungen

Kolb nennt die Möglichkeit, die korrekte Umsetzung von Urteilen zu unterstützen zu verlangsamen (Kolb 2002, 49). Darüber hinaus bieten Gesetze aber eine Fülle weiterer Möglichkeiten für soziale Bewegungen: Zunächst können Forderungen von sozialen Bewegungen mit bestehenden Gesetzen unterstützt werden. Gesetze sind durch ihre schriftliche Form fixiert, damit ist auch die Glaubwürdigkeit eines Verweises auf Gesetze leicht nachzuprüfen und muss nicht zusätzlich – beispielsweise durch öffentliche Anerkennung als Experte – bekräftigt werden. Hinweise auf geltende Gesetze gelten deshalb als mächtigste Kommunikationsstrategien. Auch können Widersprüche neuer Gesetze gegenüber allgemeinen Gesetzen oder grundsätzlichen Menschenrechten aufgedeckt und gegen die Einführung eines Gesetzes eingewandt wer-

den. Gesetzesänderungen oder die Einführung neuer Gesetze sind aber auch willkommene Anlässe für Protest. Hier eröffnet sich ein kurzes Zeitfenster, innerhalb dessen eventuell noch Änderungen möglich sind oder aber Auswirkungen den Menschen aktuell bewusst werden. Ein Beispiel für letzteres sind etwa die Montagsdemonstrationen im Vorfeld der Einführung des ALG II (vgl. Baumgarten 2010). Daneben gibt es unzählige erfolgreiche, von verschiedenen Initiativen unterstützte individuelle Klagen von Erwerbslosen gegen die fehlerhafte Umsetzung von Gesetzen. Von anderen Lernen lässt sich daneben aus dem erfolgreichem Rückgriff auf Gesetze im Zuge der aktuellen Forderung gegen die Privatisierung von Seen des Landes Brandenburg. Hier erreichten die Piratenpartei, der NABU und verschiedene NGOs, über medienwirksame Aktionen und eine E-Petition, ein Moratorium der Privatisierungen bis Ende 2009. Seit Januar 2010 wird über keine weiteren Privatisierungsversuche berichtet ([www.rbb-online.de/nachrichten/politik/2009\\_12/moratorium\\_bei\\_seen.html](http://www.rbb-online.de/nachrichten/politik/2009_12/moratorium_bei_seen.html)).

Die hier vorgestellten Mechanismen der Einflussnahme können, insbesondere wenn sie geschickt kombiniert und unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen und der bewegungsinternen Erfolgsfaktoren genutzt werden, die Chancen auf Erfolg wesentlich erhöhen. Eine Garantie für Erfolg sind sie jedoch nicht. Im Folgenden stelle, ich als Ergebnisse einer Studie von Internetseiten verschiedener Initiativen und Zusammenschlüsse aus dem Jahre 2004 (vgl. Baumgarten 2010), die von den Erwerbsloseninitiativen genutzten Strategien der Einflussnahme vor.

### **Welche Strategien lassen sich bei den Erwerbsloseninitiativen beobachten?**

Neben der generellen Überwindung von Zugangsbeschränkungen zum Diskurs, versuchen die Initiativen durch den Einsatz bestimmter Begriffe und Konzepte Einfluss auf den Diskurs über Arbeitslosigkeit zu nehmen, um eine bestimmte Rahmung von Themen durchzusetzen. Mit ihrem Versuch, politische Veränderungen zum Vorteil der Erwerbslosen zu erreichen bzw. Maßnahmen zu deren Nachteil zu verhindern, begeben sie sich auf eine Gratwanderung: Einerseits möchten sie für ihre Äußerungen Aufmerksamkeit schaffen. Andererseits besteht ihr Ziel in einer positiven Selbstdarstellung, um als Sprecher anerkannt zu werden bzw. zu bleiben. Sie streben also nicht nur Aufmerksamkeit an, welche durch Tabubrüche erfolgreich erreicht werden könnte (vgl. Wischermann 2005, 14). Als dominierende kommunikative Strategie zeigt sich eine starke Anpassung der Initiativen an institutionell verankerte „Wahrheiten“, andere Akteure und dominierende Werte im Diskurs.

Es werden Allianzen mit anderen Akteuren gesucht, aber auch kritisch hinterfragt. Gemeinsame Aktivitäten werden meist partiell auf bestimmte Themen und zeitlich beschränkt durchgeführt. Eine solche Zusammenarbeit benötigt oft einen bestimmten Anlass oder eingespielte Routinen. All diese Faktoren machen die strategische Kommunikation der Erwerbsloseninitiativen sehr voraussetzungsvoll. In den jeweiligen Äußerungen lassen sich beispielsweise Rücksichtnahmen auf andere Akteure und ihre Deutungen des Problems finden, die ohne diese Rekonstruktion der Akteurskonstellationen eventuell nicht nachvollziehbar wären.

Zur Steigerung der Aufmerksamkeit stellen sich viele Initiativen als Vertreter von wichtigen Interessen oder von einer großen Anzahl Betroffener dar. Gegnerische Interessen werden hingegen als dem Kollektivinteresse entgegenstehende Partikularinteressen dargestellt. Auch die Dramatisierung eines Problems dient diesem Ziel, beispielsweise wenn die Betroffenheit Unschuldiger hervorgehoben oder schwerwiegende gesamtgesellschaftliche Folgen prophezeit werden.

Der Diskurs bietet Gelegenheiten zur strategischen Bezugnahme. Beispielsweise stützen sich die Erwerbsloseninitiativen oft auf anerkannte Werte, auf Gesetze und Äußerungen anerkannter Akteure. Ein starker Bezug bietet Vorteile: Er vergrößert die Chance auf öffentliche Zustimmung und stärkt die Sprecherposition.

Ereignisse im Diskurs, wie etwa aktuelle Provokationen von Politikern, die Publikation des Armutsberichts oder die Verkündung einer Gesetzesänderung, stellen für die Erwerbsloseninitiativen besondere Anlässe zum Handeln. Der Rückgriff auf solche Ereignisse spiegelt sich insbesondere in der Themenwahl der Erwerbsloseninitiativen wieder, ist aber auch in den Rahmungen ihrer Äußerungen zu erkennen. Ereignisse bieten die Gelegenheit, sich selbst zum betreffenden Thema in den Diskurs einzubringen. Das öffentliche Interesse für das betreffende Thema wird durch Ereignisse geweckt. Außerdem sind Ereignisse oftmals eng mit entscheidenden politischen Veränderungen verbunden und machen so eine Stellungnahme geradezu notwendig, will man an dieser Veränderung mitwirken. Diskursive Ereignisse bieten außerdem Möglichkeiten der Allianzbildung, wenn man mit Positionen anderer Akteure zu diesen Ereignissen übereinstimmt (vgl. Baumgarten 2010).

### **Grenzen der Einflussnahme der Erwerbsloseninitiativen**

Im Diskurs über Arbeitslosigkeit sind Erwerbsloseninitiativen mit dominierenden Denkweisen konfrontiert, die viele ihrer Forderungen als unberechtigt erscheinen lassen (vgl. Baumgarten 2010). Dieses Problem ist nur selten durch eine strategisch geschickte Rahmung von

Forderungen zu umgehen, denn die mit den Forderungen verbundenen Problemdeutungen der Erwerbsloseninitiativen widersprechen meist grundlegenden Annahmen und Wertvorstellungen im Diskurs über Arbeitslosigkeit.

Staat, Markt und Subjekt werden im Diskurs über Arbeitslosigkeit in eine Beziehung zueinander gesetzt, die der Problemdefinition der Erwerbsloseninitiativen zu großen Teilen widerspricht und die Durchsetzung von Forderungen erschwert. Tendenziell steht der als fragil angenommene Markt im Mittelpunkt des Interesses und Staat und Subjekt werden daraufhin ausgerichtet. Die allgemeine Erwartung an den Staat, sich finanziell zurückzuziehen erschwert jegliche Forderung nach Erhalt oder Erhöhung staatlicher Zuwendung. Schwierig zu rechtfertigen werden solche Forderungen auch durch die Zuschreibung von Schuld, die vor allem über die Erwartungen an das Subjekt konstruiert wird, selbst für sich erfolgreich (vor-)zusorgen. Wer staatliche Zuwendungen beansprucht, hat nicht ausreichend vorgesorgt und trägt so zumindest Mitschuld an seiner Notlage.

Das aktuell in großen Teilen von Politik und Gesellschaft als ideal angenommene Verhältnis von Staat, Markt und Subjekt beschneidet außerdem stark Forderungen betreffend der Rechte und Pflichten von Erwerbslosen. Empfänger staatlicher Zuwendung werden weitläufig als Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung betrachtet. Dem Staat als zentralem Steuerungsprinzip der Gesellschaft fällt deshalb die Aufgabe zu, Erwerbslose zur raschen Aufnahme einer Beschäftigung anzuhalten. Durch die Beschneidung von Rechten bei gleichzeitiger Ausweitung von Pflichten wird versucht, Erwerbslosigkeit über die Pflicht zur Vorsorge zu verhindern oder im Fall von Erwerbslosigkeit die Aufnahme einer Beschäftigung zu beschleunigen. Dies geschieht gemäß dem Aktivierungsparadigma über die Beeinflussung des Subjekts mittels Rechten und Pflichten. Jede Forderung nach Ausweitung von Rechten oder Einschränkung von Pflichten, die diese Pflicht zur Vorsorge bzw. zur Arbeitsaufnahme angreift, wird auf großen Widerstand von Seiten der Regierenden und Vertreter der Wirtschaft stoßen. Aussichtsreicher wären Forderungen, welche die Unterstützung von Erwerbslosen als notwendige Investition glaubhaft machen können, z.B. Weiterbildung, Investition in Kinder von Arbeitslosen.

Mit dem Argument des Sachzwangs werden allgemein im Diskurs Maßnahmen als alternativlose Notwendigkeiten gerahmt. Sachzwängen haftet – wenn glaubhaft kommuniziert – eine Neutralität an, die persönliche Interessen des Sprechers verdeckt. Unter Verweis auf Sachzwänge kann der Verstoß gegen Grundwerte in Kauf genommen werden, wenn versichert werden kann, dass die Einhaltung dieses oder anderer Grundwerte in einer Gesellschaft nur

dauerhaft gesichert sein können, wenn sie in diesem einen Fall kurzfristig dem Sachzwang geopfert werden.

Das Primat der Arbeit ist eine Sichtweise im Diskurs über Arbeitslosigkeit, mit der sich sowohl die Schaffung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich rechtfertigt als auch die primäre Konzentration der Arbeitsagenturen auf Vermittlung von Erwerbslosen. Gegen dieses Primat verstoßen alle Forderungen nach erwerbsunabhängigen Zuwendungen, Ansprüche auf qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und Rufe nach steuerfinanzierter Umverteilung.

Im Diskurs herrschen ferner bestimmte Grundannahmen über „den typischen Erwerbslosen“, die politische Maßnahmen mitbestimmen. Es wird eine rationale Ausrichtung ihres Handelns auf rein finanzielle Aspekte, Faulheit und Versuche, unberechtigterweise Leistungen zu beziehen unterstellt. Diese Grundannahmen führen zur Ausrichtung politischer Maßnahmen bezüglich Erwerbsloser auf materielle Anreize und verstärkte Kontrolle. Sie implizierten zudem ein negatives Bild von Erwerbslosen, die es den Interessenvertretern dieser Gruppe erschwert, ihre Forderungen zu rechtfertigen. Immer wieder werden Vergleiche von Arbeitslosen und Geringverdienern herangezogen um unter dem Gesichtspunkt Gerechtigkeit niedrigere Löhne und einen größeren Zwang zur Arbeitsaufnahme zu rechtfertigen.

Unter den beschriebenen Rahmenbedingungen fällt eine erfolgreiche Einflussnahme nicht leicht. Es gibt jedoch Anzeichen für Veränderungen im Diskurs, die sich positiv auf die Möglichkeiten der Interessenvertretung von Erwerbslosen auswirken. Beispielsweise ist ein Bruch der propagierten Maxime von Leistung und Erfolg mit Alltagserfahrungen zu beobachten: Das zunehmende Auseinanderfallen von Vorstellungen über das Subjekt und den alltäglichen Erfahrungen der Individuen, die eine solche Maxime nicht erreichen zu können, erweitert Kreis potentieller Unterstützer. Eine Orientierung von Äußerungen an der breiten Öffentlichkeit ist deshalb vorteilhaft, um solche potentiellen Unterstützer nicht durch zu starke Abweichungen vom Diskurs abzuschrecken (vgl. Baumgarten 2010).

### **Ausblick einer möglichen Erweiterung der Aktionsformen**

Als Ausblick nenne ich an dieser Stelle noch einige Aktionsformen anderer Bewegungen, die nach meinen Beobachtungen bisher nicht oder nur selten von den Erwerbsloseninitiativen genutzt werden.

### 1) Widerstand im Alltag

Unter Widerstand im Alltag fallen beispielsweise Aktionsformen, wie verstecktes Theater unter Einbezug Beistehender. Indem eine Situation ohne vorherige Ankündigung gespielt wird, sollen Personen direkt in ihrem Alltag mit Problematiken konfrontiert werden, beispielsweise in U-Bahn oder an Supermarktkasse mit Problem der Gewalt oder der Armut (Boal 2000). Die Sichtbarkeit im Alltag lässt sich auch durch Spontanplakate, Aufkleber etc. erhöhen. Es geht darum, Debatten im Alltag zu erzeugen.

### 2) Überraschende Aktionen

Wie das Campact-Beispiel des Flashmob bei Politikveranstaltungen gezeigt hat, kann der Überraschungseffekt bei Demonstrationen zumindest die Medienresonanz vergrößern. Überraschen können auch bewusst gegensätzliche Forderungen oder ungewöhnliche Orte des Protests. Ein wichtiger Vorteil neben der Medienresonanz ist hier auch der Spaßfaktor für die Aktivisten selbst.

### 3) Internetbasierte Aktionsformen

Es gibt zahlreiche Beispiele für internetbasierte Aktionsformen von Facebook und Youtube über E-Governance und Blogs. Vorteile sind hier der verbesserte Informationsaustausch, die Möglichkeit zur schnelleren Koordinierung von Spontanaktionen, ständige Aufmerksamkeit und verbesserter Austausch durch Einstellen von Filmen und Bildern. Durch internetbasierte Aktionsformen lässt sich die internationale Vernetzung stärken. Außerdem identifizieren sich Jugendliche, prekär Beschäftigte oder Kreative eher mit der Arbeit einer Bewegung, die stärker auf diese Mittel zurückgreift. Erfolgreiche Beispiele sind neben der Piratenpartei, der FeLs auch ältere Bewegungen, wie die Zapatistas in Mexico.

Abschließend möchte ich noch auf eine aktuelle Möglichkeit des Austauschs und der Vernetzung von Wissenschaftlern, Aktivisten und anderen Interessierten am Thema Öffentlichkeit und Demokratie hinweisen. Eine zentrale Rolle wird hier die Möglichkeit von Gegenöffentlichkeit spielen. Vom 3.-5. Oktober 2010 findet in Berlin der Kongress Öffentlichkeit und Demokratie statt: [www.oeffentlichkeit-und-demokratie.de/](http://www.oeffentlichkeit-und-demokratie.de/)

## Literaturverzeichnis

- Baumgarten, Britta (2010): Gefangen im Diskurs? Die Interessenvertretung von Erwerbslosen im Vorfeld der Hartz-Reformen, Campus Verlag, Frankfurt (erscheint im Oktober 2010)
- Boal, Augusto (2000): Theatre of the Oppressed, London, Pluto
- Della Porta, Donatella (2007): The global justice movement. Cross-national and transnational perspectives. Boulder u. a., Paradigm Publishers.
- Ferree, Myra Marx, William Gamson, Jürgen Gerhards, Dieter Rucht (2002): Shaping abortion discourse. Democracy and the public sphere in Germany and the United States. Cambridge, Cambridge University Press
- Gusfield, Joseph (1981): The Culture of Public Problems. Drinking-Driving and the Symbolic Order, Chicago, The University of Chicago Press
- Hellmann, Kai-Uwe (1999): Paradigmen der Bewegungsforschung, in: Ansgar Klein, Hans-Josef Legrand und Thomas Leif (Hrsg.): Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen, Westdeutscher Verlag, 91-113
- Kolb, Felix (2002): Soziale Bewegungen und politischer Wandel, Kurs Zukunftsperspektiven, Bonn, Deutscher Naturschutzring
- Kolb, Felix (2007): Protest and opportunities. The political outcomes of social movements, Frankfurt Main, Campus.
- König, Thomas (2003): Elemente der frame analysis, Vortrag CAQD-Konferenz, gehalten am 9. Oktober 2003, Marburg/Lahn
- McAdam, Doug; Snow, David A. (Hg.) (1997): Social movements. Readings on their emergence, mobilization, and dynamics. Los Angeles Calif.: Roxbury Pub.
- Pappi, Franz Urban, Thomas König und David Knoke (1995): Entscheidungsprozesse in der Arbeits- und Sozialpolitik. Der Zugang der Interessengruppen zum Regierungssystem über Politikfeldnetze. Ein deutsch-amerikanischer Vergleich, Frankfurt/ New York, Campus Verlag
- Schetsche, Michael (1996): Die Karriere Sozialer Probleme: soziologische Einführung, München/Wien, Oldenbourg
- Scheufele, Bertram (2006): Framing, in: Günther Bentele, Hans-Bernd Brosius und Otfried Jarren (Hrsg.): Lexikon Kommunikation und Medienwissenschaften, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 75
- Snow, David A. (2004): Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields. In: The Blackwell Companion to Social Movements. Malden, S. 380–412.
- Snow, David and Robert Benford (1992): Master Frames and Cycles of Protest, in Aldon D. Morris und Carol McClurg Mueller (Hrsg.): Frontiers in Social Movement Theory, Yale University Press, New Haven 133-155
- Wischermann, Ulla, 2005: "Tabubruch als Programm"? Soziale Bewegungen und Öffentlichkeit(en), in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 18 (1), 14-23

## Weitere eigene Publikationen zum Thema:

- Lahusen, Christian/Baumgarten, Britta (2010): Das Ende des sozialen Friedens? Politik und Protest in Zeiten der Hartz-Reformen, Campus Verlag, Frankfurt (April)
- Baumgarten, Britta/Lahusen, Christian (2010): The Mobilization of the Unemployed in Germany. In: Didier Chabanet und Jean Faniel (Hrsg.): The Mobilization of the Unemployed in Europe, Palgrave Macmillan
- Baglioni, Simone/Baumgarten, Britta/Chabanet, Didier/Lahusen, Christian (2008): Transcending Marginalization. The Mobilization of the Unemployed in France, Germany and Italy in a Comparative Perspective. In: Mobilization, 13 (3), 323-335
- Lahusen, Christian/Baumgarten, Britta (2006): Die Fragilität kollektiven Handelns: Arbeitslosenproteste in Deutschland und Frankreich. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 35, Heft 2, 102-119